

MITREDEN

Bei großen Projekten sollen die betroffenen Bürger verstärkt an den Planungen beteiligt werden. Dass am Ende eines solchen Prozesses tatsächlich eine gemeinsame Lösung steht, ist aber nicht garantiert

VON DOMINIK HUTTER

So kann es natürlich auch ablaufen: Exakt 762 Leute sprechen sich im Internet für eine Verbannung des Zentralen Landwirtschaftsfestes von der Theresienwiese aus – der Oiden Wiesen zuliebe. Für Digital-Verhältnisse eigentlich eine kleine Zahl, andererseits haben Anträge aus offiziellen Bürgerversammlungen oft noch weniger Unterstützer. Die Online-Petition landet anschließend im Rathaus, Wirtschaftsreferent Josef Schmid empfiehlt die Ablehnung und der Stadtrat folgt ihm. Aus, vorbei. Aber der Bürger hat gesprochen.

Bürgerbeteiligung ist eine schwierige Sache. „Der Bürgerwille wird missachtet“, lautet ein Standardsatz der Unzufriedenen – gerade so, als ob es diesen einen Bürgerwille gäbe. Bei der Frage zum Beispiel, wie viel Freizeitnutzung im Naturschutzgebiet Fröttmaninger Heide erlaubt sein soll, prallten verschiedene Interessensgruppen aufeinander. Naturschützer versus Hundebesitzer. Wer vertritt nun den Bürgerwillen? Und ist es eine Missachtung der Bürger, wenn der Stadtrat sie zwar anhört, dann aber schlicht anderer Meinung ist? Undemokratisch ist das keineswegs, auch wenn das bei Bedarf immer wieder behauptet wird. Das Prinzip nennt sich repräsentative Demokratie und ist die Grundlage des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland.

Der angebliche Bürgerwille wird gerne von denen formuliert, die direkt betroffen sind

Dazu kommt noch das Problem, dass der angebliche Bürgerwille gerne nur von denen formuliert wird, die direkt betroffen sind. Oder denen, die es intensiver als andere in den Vordergrund drängt. Der großen Masse ist es entweder egal oder aber sie fühlt sich abgeschreckt, wenn die Aktivisten – wie nicht selten der Fall – in den kompromisslosen Schrei-Modus wechseln. Das macht es leicht, Partikularinteressen durchzusetzen – was gewählte Politiker, die sich doch dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlen, tunlichst zu vermeiden versuchen.

Eine verbesserte Bürgerbeteiligung ist dennoch in höchstem Maße en vogue, kaum eine Partei kommt heute ohne einen entsprechenden Passus im Wahlprogramm aus. Man müsse in München mehr Demokratie wagen, erklärte kürzlich der grüne Rathaus-Fraktionschef Florian Roth, in Anlehnung an das berühmte Zitat von Willy Brandt. Dazu müsse eine Fachstelle gegründet werden, die geeignete Beteiligungsmodelle und Standards entwickelt. „Worte und Taten gehen weit auseinander“, sagt Roth über das amtierende rot-schwarze Rathausbündnis, das sich in seinem Bündnispapier doch eigentlich zu mehr Bürgerbeteiligung in der Stadt verpflichtet hatte.

Volkes Wille

Fast alle Parteien wollen die Bürgerbeteiligung in der Stadt ausbauen – ohne jedoch falsche Erwartungen zu wecken. Denn der Mitsprache sind klare Grenzen gesetzt



Wie geht es weiter im Münchner Osten? Beim Workshop zu den geplanten städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen rund um Johanneskirchen, Daglfing und Riem durften auch die Bürger mitreden. FOTOS: CATHERINA HESS, STEPHAN RUMPF, ROBERT HAAS (3), NATALIE NEOMI ISSER

Bei den Mehrheitsfraktionen ist man sich keiner Schuld bewusst. SPD-Fraktionschef Alexander Reissl verweist auf die vielfältigen Beteiligungsmodelle, die die Stadt vor allem bei Bauprojekten und der Stadtplanung anwendet. Und auf die Schwierigkeit, den einen Bürgerwillen aus den vielen gegensätzlichen Positionen her-

auszufiltern. Beispiel Fröttmaninger Heide. Tatsächlich gibt es kaum einen Politiker, der nicht spezielle Erfahrungen mit unvereinbaren Widersprüchen vorzuweisen hat. Dazu zählen Bürgerversammlungen, die im Abstand von wenigen Minuten eine Einbahnregelung erst in die eine und dann in die entgegengesetzte Richtung beschlie-

ßen. Legendar ist auch die Debatte um die Anwohnergarage am Josephsplatz, die von den Anwohnern jahrelang vehement gefordert wurde. Um dann bei Baubeginn abgelehnt zu werden.

Auch Michael Kuffer verweist auf seine jahrelangen Bemühungen um mehr Bürgerbeteiligung. Der CSU-Fraktionsvize hat

zusammen mit dem heutigen Bürgermeister Josef Schmid und in Kooperation mit diversen Bürgerinitiativen bereits Standards der Bürgerbeteiligung formuliert. Die inhaltlichen Fragestellungen müssten im Sinne eines Allgemeininteresses formuliert werden, steht etwa in dem 2014 fertiggestellten Katalog. Es dürfe nicht um reine

Partikularinteressen gehen. Und: Den Bürgern dürfe keinesfalls ein Ermessensspielraum vorgegaukelt werden, den es gar nicht gibt. Falsche Erwartungen sorgen für Frust – und das sei der Fall, wenn nicht von vornherein feststeht, wo sich die roten Linien des Stadtrats befinden und wo die Rechtslage klare Grenzen setzt. Den Ermessensspielraum sollen die Bürger dann aber auch für sich nutzen dürfen.

Wobei die letztinstanzliche Entscheidung des Stadtrats außer Frage steht. Um auch das letzte Wort den Bürgern zu überlassen, gibt es den Bürger- sowie – auf Landesebene – den Volksentscheid. Bürgerbeteiligung bedeutet für die Akteure zunächst einmal nur die Formulierung von Bürgerinteressen. Einig sind sich die Initiativen und die Rathauspolitiker auch darin, dass ohne seriöse Informationen eine Bürgerbeteiligung sinnlos ist. Die Mechanismen des Internets, das mit seinen Suchalgorithmen allzu gerne nur zur Bestätigung schon vorhandener Meinungen genutzt wird, sind allseits bekannt.

Schon jetzt gibt es eine ganze Reihe von Beteiligungsmodellen, die in München angewandt werden. Dazu zählen neben den klassischen Bürger- und Einwohnerversammlungen die Vorsprache beim örtlichen Bezirksausschuss, Eingaben an den Oberbürgermeister oder die Teilnahme an seiner Bürgersprechstunde. Zusätzlich gibt es diverse Verfahren bei Bauprojekten – etwa das Bürgergutachten, bei dem

Der Stadtrat beschäftigt sich inzwischen auch mit Online-Petitionen

durch eine ausgeklügelte Auswahl der Teilnehmer verhindert werden soll, dass nur die üblichen Verdächtigen sowie persönlich Betroffene zu Wort kommen. Auch Online-Petitionen finden inzwischen den Weg ins Rathaus. Allerdings wird dort nur diskutiert, wenn die Forderung überhaupt in den Entscheidungsspielraum des Stadtrats fällt. Zahlreiche Digital-Eingaben drehen sich um Fragen, die eigentlich der Bund, der Freistaat oder aber schlicht Privatpersonen entscheiden müssen. Forderungen wie „Lasst uns ein ukrainisches Restaurant gründen“, die schon seit Ende 2014 auf „Openpetition.de“ zu finden sind, eignen sich eher als Sammelpunkt für Unterstützer denn als echte Eingabe an den Stadtrat, der normalerweise nicht als Gastromom-Kollektiv auftritt.

Ein etwas gewagteres Beteiligungsmodell ist der Bürgerhaushalt, für den sich der Stadtrat bereits grundsätzlich ausgesprochen hat. Allerdings nur in einer Light-Version auf Stadtviertelebene und bislang ohne konkrete Umsetzung. Die Grünen wollen die Idee, Bürger an der Erstellung des städtischen Haushalts zu beteiligen, unbedingt weiterentwickeln. Das jedoch lehnen SPD und CSU ab. Die komplizierten Zahlenreihen des Sechs-Milliarden-Etats seien nur für Profis geeignet.



Kunstareal Das Ergebnis: viel Papier

Einzigartig. Dieses Wort fällt oft, wenn Verantwortliche aus Stadt und Staat über das Kunstareal in der Maxvorstadt sprechen. Einzigartig sei die Fülle der Sammlungen von Weltrang heißt es dann, die sich mit hochkarätigen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen zu einem – einzigartigen! – Ensemble fügten. Dabei suggeriert der Name „Kunstareal“, dass es um ein konsistentes Gefüge geht – das ist es aber nicht. Die Institutionen sind auf 66 Hektar verstreut, durch seltsam öde Grasflächen und Verkehrsachsen getrennt. Ein Kunst-Verbund existiert derzeit nur auf Papier, in Strategie-dossiers, Workshopbroschüren, Stadtratsbeschlüssen. Das Kunstareal ist ein Versprechen, das von einem – wie könnte es anders sein – in der Stadt bisher einzigartigen Bürgerbeteiligungsprozess flankiert wird: dem Bürgergutachten. Dazu wurden 100 Bürger aus der gesamten Stadt und der Region ausgewählt, die sich im September 2013 vier Tage lang unter Moderation einer Fachfirma Gedanken über das Viertel machten. Der Leitgedanke: Nach allerlei Experten sollen nun die Bürger sagen dürfen, was zu planen, wie zu handeln sei. Das Ergebnis: wieder nur Papier, genauer: eine 98-seitige Broschüre. In der steht, dass die Bürger vor allem schönere Freiflächen, bessere Orientierung und bessere Anbindung an die Umgebung wollen. Nach drei Jahren werden die Mahnungen immer lauter, den aufwendig organisierten Bürgerwillen endlich umzusetzen. Stadtbaurätin Elisabeth Merk und Kunstminister Ludwig Spaenle zeigen Verständnis für die Unruhe, werben aber auch um Geduld: Vieles sei auf den Weg gebracht, etwa Änderungen der Verkehrsplanung oder das Begleitsystem zur besseren Orientierung. SMÜH



Fröttmaninger Heide Frieden nicht in Sicht

Dreieinhalb Jahre hat es gedauert vom Startschuss für einen modellhaften Bürgerbeteiligungsprozess bis zur Ausweisung des Naturschutzgebiets Fröttmaninger Heide. Dreieinhalb Jahre, in denen Mediator Kai Elmayer die Anliegen der Freimannernachbarn und die Interessen der Naturschützer, der Hundehalter und der Hundehasser unter einen Hut zu bringen versucht hat. Seit wenigen Tagen ist das Biotop am Nordrand der Stadt, einst ein Truppenübungsplatz, zum Naturschutzgebiet avanciert – und viele sind unzufrieden. Das gilt für Hundefreunde, die gerne mit längerer Leine oder gar frei durch die Heide streifen würden. Das gilt für Lokalpolitiker, die die Betonung des Naherholungsgedankens für den falschen Akzent halten. Man könnte nun zu dem Resümee kommen, dass offenbar die richtige Abwägung getroffen wurde, wenn sich nun alle beklagen. Aber es droht ein juristisches Nachspiel. Der Bund Naturschutz lässt derzeit prüfen, ob die Verordnung mit ihren Ausnahmeregelungen zum Beispiel für Hundehalter überhaupt noch dem Naturschutzgedanken ausreichend Rechnung trägt. Geschäftsführer Christian Hierneis etwa kann nicht verstehen, dass die Regierung von Oberbayern stellenweise auf eine Hundeleine ganz verzichten wolle, „wenn irgend jemand in der Familie mal einen Hundeführerschein“ gemacht habe. Selbst wenn die Verordnung letztlich standhält, werden die Naturschützer sehr genau auf die Kontrolle der Regeln achten. Und was passiert, wenn Gassi-Geher demnächst Geldbußen zu zahlen haben, kann man voraussehen. Bis Frieden herrscht auf der Fröttmaninger Heide, kann es noch dauern. TEK



Josephsplatz Protest auf dem Baum

Stück für Stück verlegen Arbeiter derzeit das Natursteinpflaster, pflanzen Hecken, Sträucher, Bäume. Der neue Josephsplatz nimmt Form an. Mitte des Jahres soll alles fertig sein, heißt es vom Baureferat. Offen ist aber, ob mit dem sprießenden Rasen auch Gras über die wütende Debatte wachsen wird, die um den Josephsplatz geführt wurde. Denn ihren Frieden haben nicht alle Anwohner mit dem Tiefgaragenbauwerk und der Neugestaltung der Oberfläche gemacht. Einige bewahren kleine Holzstücke auf, „Josephsplatz, gefällt am 18.02.2013“ steht darauf. Die Bäume, sie sind nicht vergessen. In einer spektakulären Aktion schwenkten sich damals Aktivisten der Organisation Robin Wood ins Geäst. In den Tagen davor hatten sich Anwohner zu einer Mahnwache versammelt. Doch ein Eileitrag für einen Baustopp scheiterte vor Gericht. Die Aktivisten zogen ab – die Anwohner aber hörten nicht auf zu protestieren und tönten auf ihrer Webseite: „Stuttgart 21 im Herzen der Maxvorstadt“. Die Gegner der Gegner sagen bis heute: Viel zu hoch hängt das alles und obendrein viel zu spät, schließlich datiert der erste Stadtratsbeschluss von 2007; 2009 fand eine Einwohnerversammlung statt, 2010 ein Planungsworkshop. Die Ergebnisse wurden alle öffentlich präsentiert. Doch die Josephsplatzfreunde bleiben bei ihrer Kritik: Zu wuchtig sei das Bauwerk, viel zu hoch die Heckenauffassung. Auch einige Kunden mit Behördenvertretern konnten den Dissens nicht auflösen. Ist der Bürgerbeteiligungsprozess also gescheitert? Nein, aber die Lehre lautet: Die Bürger wollen und sollen noch intensiver mitreden dürfen bei Projekten vor ihrer Haustür. SMÜH



Paulaner-Gelände Maßstäbe gesetzt

Es ist eines der letzten großen Grundstücke in der Münchner Innenstadt. Mehr als 90 000 Quadratmeter stehen der Bayerischen Hausbau zur Verfügung, um auf den Paulaner-Grundstücken am Nockerberg, an der Welfenstraße und zwischen Ohlmüller- und Falkenstraße in der Unteren Au Wohnungen und Büros zu bauen. Bis zu 3000 Menschen können in den kommenden Jahren dort einziehen, wo Jahrhunderte lang Bier gebraut wurde. Doch die Pläne der Bayerischen Hausbau stießen zunächst auf massive Skepsis. Zahlreiche Anwohner befürchteten, dass an der Isarhangkante viel zu hoch gebaut und so das Viertel verschandelt wird. Auch die Angst vor der Gentrifizierung ging um. Vertreter der Stadt wurden bei der Vorstellung der Pläne in Bürgerversammlungen zunächst ausgepfiffen – einige vermuteten Absprachen zwischen Stadt und Hausbau. Doch schnell wurde klar, dass sowohl die Stadt als auch das Immobilienunternehmen auf Offenheit setzen. Es gab zahlreiche Informationsveranstaltungen und in einem Workshop konnten die Münchner mitreden und ihre Wünsche und Forderungen einbringen. „Wir haben hier einen neuen Münchner Standard gesetzt“, sagte der damalige Oberbürgermeister Christian Ude. Schließlich war es das erste Großprojekt eines privaten Trägers, bei dem Bürger so intensiv mitdiskutieren konnten. Mittlerweile gibt es aber auch wieder Kritik an dem Planungsprozess. Die Grünen im Stadtrat weigerten sich im Dezember, dem Bebauungsplan zuzustimmen, weil die Stadt dem Investor zu sehr entgegengekommen sei. Und die Linken kritisierten, dass zu wenige geförderte Wohnungen gebaut würden. ANL



Gartenstädte Echte Bewegung

Nach dem Umzug des Flughafens kam die Flut der Nachverdichtungs-Bauanträge. Georg Kronawitter (CSU) und Herbert Danner (Grüne) hatten ein paar Mitstreiter in Trudering, im Wesentlichen aber konzentrierten sie sich auf Anträge aus dem Bezirksausschuss ans ferne Planungsreferat. Das ließ sich sogar erweichen, doch die „Gartenstadtsetzung“ wurde vom Verwaltungsgericht wieder einkassiert. Nach wie vor ist der Paragraph 34 der Bauordnung, der sich nur an der Umgebungsbebauung orientiert und so den unerwünschten Dominoeffekt auslöst, der Feind. Doch inzwischen ist aus den Pionieren im Kampf um die Gartenstadt tatsächlich eine echte Bewegung geworden: Das Mitgliederverzeichnis des „Bündnis Gartenstadt“ liest sich wie das Who is Who der Vorstadt-Initiativen, von Sölln bis Ramersdorf, von Daglfing bis Lerchenau. Gemeinsam machen die Initiativen, die keiner zu irgendeinem Bürgerworkshop geladen hat, intensiven Druck, wo immer es brennt. Die Aktiven erheben zudem überall die Stimme, wo Stadtplanung diskutiert wird und im OB-Wahlkampf hatten sie die Kandidaten der Parteien unter die Lupe genommen. Das Engagement zeigt Erfolg: Stadtbaurätin Elisabeth Merk erklärte schon vor Jahren, sie sehe die Initiativen als Verbündete, „die helfen, in den Köpfen etwas zu bewegen“. Dass Merk nun für einzelne Viertel „Rahmenpläne“ testen lassen will, ist immerhin ein Anfang. Dem Bündnis reicht das nicht: Mit anderen Gruppierungen von A wie Altstadtfreunde bis V wie Verkehrsberuhigung München haben sie sich vergangenen Sommer zusammengeschlossen zum „Bürgerbündnis München“. Ziel: der Kampf um verbindliche Mitsprachemöglichkeiten. RE